

KOMMENTARE

Unnötig kompliziert

Helge Matthiesen
über Wahlen in Bremen

Wo liegt eigentlich das Problem? Es geht darum, die Stimmauszählung nach der kommenden Bürgerstimmwahl so zu organisieren, dass es möglichst rasch ein verlässliches Ergebnis gibt. Das darf die Öffentlichkeit bei einer Landtagswahl erwarten. Statt einer Stimme gibt es künftig fünf, die frei über die Listen an die Kandidaten verteilt werden können. Das ist eine Problemlage, die man in München oder Frankfurt ohne Schwierigkeiten seit Jahren bewältigt. In Bremen tut man aber so, als hätte man es mit einer revolutionären Veränderung zu tun. Die zuständige Verwaltung dieser Stadt ist gerade dabei, sich zu blamieren, indem Probleme geschaffen werden, die es gar nicht gibt. Befänden wir uns im ländlichen Weißrussland kurz nach dem Sturz der Sowjetherrschaft, wären die vielen Bedenken verständlich. So sind sie ein wenig lächerlich, denn Bremen hat 66 Jahre Erfahrung mit der Demokratie und ihren Verfahren. Letztlich geht es nur darum, genug Menschen einzuteilen und zu schulen, damit sie die leicht strukturierbare Arbeit zügig erledigen. Das sollte einer hochbezahlten Verwaltung, die gerne auf die hohe Kompetenz ihrer Mitarbeiter verweist, auch gelingen.

Wo das Problem liegt, ist auch mit viel Mühe nicht zu erkennen. Es kam ja auch bisher schon vor, dass zwei Wahlen parallel abzuwickeln waren. Das heißt, man hatte zwei Zettel mit vielleicht sogar jeweils zwei Stimmen. Das haben die Wahlvorstände ohne Schwierigkeiten am Abend nach der Abstimmung in den Wahllokale geschafft. In diesen Gremien sitzen erfahrene Frauen und Männer, die wissen, wie man eine Auszählung organisiert. Es gibt keinen Grund, ihnen den Umgang mit dem neuen System nicht zuzutrauen.

Warum man diese Menschen am 22. Mai nach Schließung der Wahllokale nach Hause schicken will, um dann anschließend zentral zu zählen, bleibt rätselhaft; warum man dann anschließend über einen Mangel an Zählpersonal klagt noch viel mehr.

Muss dafür jedes Wahllokal mit Computer und Datenleitung ausgestattet sein? Wünschenswert wäre es. Aber notwendig ist es nicht. Wer fehlerfrei eine Strichliste führen kann und in der Lage ist, ein gängiges Additionsverfahren anzuwenden, kommt schon ziemlich weit. Die reinen Zahlen lassen sich am Ende leicht per Telefon durchgeben. Das war jahrzehntlang geübte Praxis. Warum das auf einmal nicht mehr gehen soll, ist unklar. Anschließend ist dann Zeit genug, die Ergebnisse zu überprüfen, solange man möchte.

Es gibt Erfahrungen, wie die Wähler auf die Einführung dieses neuen Wahlsystems reagieren. Nur ein Teil nutzt es tatsächlich. Die ganz überwiegende Zahl stimmt weiter für die komplette Liste. Es genügt daher schon, diese Stimmzettel am Wahlabend auszuzählen und die übrigen vorzusortieren, um zu einem vorläufigen Ergebnis zu kommen. Selbst das traut man den Wahlvorständen nicht zu. Immerhin soll diese Auszählung in der Zentrale vorgenommen werden. Das ist erstaunlich umständlich.

In Bremen tut man so, als stehe man mutterseelenallein vor einer riesengroßen Herausforderung. Das ist falsch und lächerlich. Es gibt viele Länder und Kommunen, die in den vergangenen Jahren eine ähnliche Umstellung erfolgreich vollzogen haben. Bisweilen war die Herausforderung für die Behörden dort noch viel größer, weil statt einer Stimme plötzlich über 70 zu vergeben und auszuzählen waren. Dort gibt man sicherlich gerne Auskunft, wie man das Problem angeht. Oder meinen unsere Behörden, die Bremer könnten nicht bis fünf zählen?

helge.matthiesen@weser-kurier.de

Terror auf dem Meer

Krischan Förster
über die Piraterie vor Afrika

Bei jeder Notlage hierzulande wählt man die 110. Der zentrale Ruf der Polizei funktioniert auch bei medizinischen Problemen, falls jemand die 112 für Feuerwehr und Rettungsdienst nicht kennen sollte. So eine Nummer in Berlin fehlt den deutschen Reedern.

Stattdessen gibt es in Fällen wie zuletzt beim gekaperten Beluga-Schiff gleich mehrere Anlaufstellen. Bundeswehr, Auswärtiges Amt, Verteidigungsministerium. Eingeschaltet werden in der Regel zudem Landes- und Bundeskriminalamt. Da sich eine Schiffsführung seit Störtebeckers Zeiten aber nicht mehr in heimischen Gewässern ereignet, kommen weitere Stäbe hinzu. Bei der EU-Mission „Atalanta“ in Großbritannien, bei der Nato in Bahrain, bei diversen nationalen Flotten. Schon die Vielzahl der möglichen Partner macht eine schnelle und effektive Koordination von Hilfsaktionen schwierig.

Eine zentrale Nummer und ein schnell zu bildender Krisenstab, der die Experten aller zuständigen Behörden vereint und alle zugänglichen Informationen bündelt, ist relativ leicht umzusetzen. Es wäre aber nur ein Anfang. Die Kaperung der „Beluga Nomination“ hat gezeigt, dass alle bisherigen Maßnahmen die grassierende Piraterie vor Afrika vielleicht punktuell eindämmen, nicht aber verhindern können.

Dafür ist das kriminelle Geschäft zu lukrativ. Und so lange das Geld aus immer neuen Raubzügen sprudelt, können sich die Piraten immer besser organisieren und technisch weiter aufrüsten. Zeigen die internationalen Marineeinheiten Präsenz, weichen die Piraten einfach aus. Längst sind Handelsschiffe nicht mehr nur im gefährdeten Golf von Aden, sondern im hal-

ben Indischen Ozean gefährdet. So viele Schiffe, wie aber nötig wären, um einen ganzen Ozean zu kontrollieren, kann die internationale Staatengemeinschaft selbst beim besten Willen nicht aufbieten. Derzeit ist der Monsun, das Wetter also, ein härterer Gegner für die Piratenschiffe als die hochgerüstete Kriegsmarine.

Neue Konzepte müssen her, nachdem auch die von den Reedereien eingerichteten Schutzzonen keine Sicherheit mehr bieten. Helfen könnten neben mehr Kriegsschiffen tatsächlich nur bewaffnete Polizei- oder Militärkräfte an Bord, wie es erfolgreich auf den Schiffen des UN-Welternährungsprogramms praktiziert wird. Die Reeder sind bereit, dafür die Rechnung zu zahlen. Blieben die rechtliche Hürden, die das „Atalanta“-Mandat und das deutsche Grundgesetz setzen. Aus Sicht von Experten ist eine Regelung durchaus möglich.

In Berlin wird allerdings seit Monaten nur geprüft. Just am Tag, als das Beluga-Schiff gekapert wurde, versprach das nochmals der maritime Koordinator der Bundesregierung, Hans-Joachim Otto. Das soll allerdings nur für Schiffe unter deutscher Flagge gelten, alle anderen müssten selbst für sich sorgen. Ein fragwürdiger Standpunkt. Das wäre so, als ob man einem verunglückten Laster auf der Autobahn nicht helfen würde, weil er aus Lettland stammt. In der Branche hat sich der FDP-Politiker damit endgültig disqualifiziert.

Er vergisst auch, dass Deutschland als führende Export- und drittstärkste Schifffahrtsnation ein vitales Interesse an freien Seewegen hat. Deshalb ist die Regierung in der Pflicht, zu helfen. Zunächst den eigenen Reedern. Und gleichzeitig über politische Initiativen dem bitterarmen und derzeit unregierbaren Land Somalia. Denn solange das Horn von Afrika ein sicheres Rückzugsgebiet für die Piraten bleibt, wird der Terror auf dem Meer nicht enden.

krischan.foerster@weser-kurier.de

„Europa ist in der Weltspitze“

Politologin Werner Weidenfeld über Stärken und Schwächen des Alten Kontinents

Vom 4. bis 6. Februar treffen sich Politiker aus aller Welt wieder zur Münchener Sicherheitskonferenz. Bei der globalen Bewertung wird die Stärke Europas allgemein unterschätzt – nicht zuletzt, weil die Europäer sich selbst schlecht machen, meint der Münchener Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld. Mit ihm sprach Ralf Müller.

Herr Professor Weidenfeld, in einem Ihrer Aufsätze haben Sie Europa das Potenzial zur Weltmacht zugeschrieben. Da dürfte man in Peking und Washington herzlich gelacht haben, oder?

Werner Weidenfeld: Sie müssen sich vor Augen halten, was eine Weltmacht ausmacht. Da gibt es vier Kategorien: wirtschaftliche Stärke, politische Stabilität, wissenschaftliche Potenz und militärische Ausstattung. In allen vier Kategorien ist die Europäische Union in der Weltspitze. Das ist überhaupt keine Frage. Was fehlt, ist ein strategisches Profil. Da hat Europa nach wie vor Defizite. Doch das ist ein kultureller Prozess, da sind wir mittendrin.

Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt meint, man müsse sich den Namen der europäischen Außenministerin Catherine Ashton nicht merken.

Zum deutschen Außenminister können Sie auch etwas Kritisches sagen. Oder zum französischen. Es geht mir um die strukturelle Frage. Wenn die EU mit einer Stimme sprechen soll, dann brauchen Sie dafür einen funktionierenden Unterbau. Sie brauchen ein Auswärtiges Amt. Und das ist jetzt im Aufbau. Unabhängig davon gibt es ein Defizit an Strategiekultur in Europa. Wenn Sie nach Amerika gehen, können Ihnen die politisch Verantwortlichen dort sofort sagen, was die fünf Hauptinteressen der USA sind, was die fünf Nebeninteressen und welche Dinge für sie keine Relevanz haben. Fragen Sie so etwas mal einen Europäer.

Derzeit macht der Euro Sorgen. Der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, plädiert für getrennte Finanzzonen, die eine angeführt von Deutschland mit dem starken Nord-Euro, und dem „Club Med“ der Mittelmeeranrainern mit dem Süd-Euro. Was halten Sie davon?

Eine gemeinsame Währung braucht einen gemeinsamen politischen Rahmen. Der muss unterfüttert sein wenigstens von einem Hauch politischer Identität. Weder den Rahmen, noch diese Identitätserfahrung wird es in Europa in dieser Art der Teilung geben. Insofern ist es eine originelle Idee, aber eher eine für den Papierkorb. Wenn Sie jetzt bei der Währung künstlich splitten, läuft das dem Willen zur politischen Einheit zuwider. Wenn ich in Italien leben würde, wäre ich nicht dafür, dass ich in eine mediterrane Gruppe abgeschoben und von Europa abgehängt werde.

Es wird aber durchaus ernsthaft darüber diskutiert, ob die Griechen die Währungsunion nicht besser verlassen sollten.

Dazu sind wir jetzt zu weit verwoben. Es gibt immer Hochkonjunktur für solche Katastrophen- und Untergangsszenarien. Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Integration war immer begleitet davon. Als der Euro geschaffen wurde, gab es einen großen Artikel der bedeutendsten internationalen Fachzeitschrift Foreign Affairs, die das Scheitern prophezeite. In Europa werde darüber bald ein Krieg ausbrechen, hieß es in dem Artikel. Der Euro ging runter auf 1,19 Dollar. Sofort konnten Sie überall lesen: Ende des Euro. Niemand hat dazu geschrieben, dass der Euro bei seiner Einführung bei 0,79 Dollar gestartet war. Bei 1,19 war er auf einmal dem Untergang geweiht. Was soll diese ganze Untergangsrhetorik?

Wen würden Sie heute überhaupt zu Europa zählen?

Alles gehört zu Europa, wo die Menschen wie selbstverständlich sagen „Wir Euro-



EU-Außenministerin Catherine Ashton ist zwar politisch höchst umstritten, der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld hält aber ihr Amt für strukturell wichtig. FOTO: DPA

päer“. Um in die Organisationsform Europäische Union zu kommen, müssen sie allerdings bestimmte Kriterien erfüllen. Ist das der Fall, dann wird die Organisation angepasst. So hat sich die EU vom Europa der sechs zum Europa der 27 entwickelt. Aus meiner Sicht ist heute nicht wirklich zu definieren, wo man die Grenze ziehen und sagen soll: Stopp, der gehört nicht dazu. Das ist eine Frage der Kulturerfahrung.

Wenn die Türken sagen „Wir Europäer“, gehören sie also dazu?

Wenn sie sagen „Wir Europäer“ und wenn die Prüfung ergibt, sie erfüllen die Kriterien, dann muss ihnen der Zugang eröffnet werden. Ist das nicht der Fall, dann wird der Zugang nicht eröffnet. Auch das muss klar sein. Ich halte es für einen Fehler der EU-Politik, dass man die Türkei nicht wie eine geostrategische Schlüsselmacht behandelt hat. Hätte man der Türkei zugestanden, mit Europäern, Amerikanern und Russen auf Augenhöhe umzugehen, wäre die ganze Frage des Beitritts entdramatisiert worden.

Helmut Schmidt beklagt, dass Europa die Führungspersönlichkeiten fehlen. Es scheint, als nähmen die Amerikaner die Europäer als Machtfaktor nicht ernst und spielten sie gegeneinander aus.

Es gibt eine lange amerikanische außenpolitische Tradition, Europa immer ein wenig zu unterschätzen. Richtig ist auch, dass die

Amerikaner kühl Differenzen zwischen den Europäern analysieren und bei der Durchsetzung ihrer Interessen nutzen. Das haben sie immer betrieben. Das kann man ihnen auch nicht verwehren. Die zweite Facette: Helmut Schmidt hat recht, wenn er auf eine Schwäche der europäischen Grundkonstellation hinweist, nämlich den Mangel an strategischen Köpfen. Europa hat immer mal wieder das Glück gehabt, über strategische Köpfe zu verfügen, die große Schritte nach vorn gemacht haben. Das kann man derzeit nicht sagen. Im Moment sind wir, positiv gesprochen, in hoffnungsvoller Erwartungshaltung.



Zur Person
Werner Weidenfeld gilt als einer der einflussreichsten Politikberater Deutschlands. Seit 1995 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Europäische Einigung an der Universität München und leitet das Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P). Der 63-jährige Professor ist Autor zahlreicher Publikationen zur internationalen Politik, zur deutschen Frage und zur Zeitgeschichte. Zusammen mit Professor Wolfgang Wessels von der Universität Köln gibt er das Jahrbuch der Europäischen Integration heraus, dessen 30. Band soeben erschienen ist.

In Baden-Württemberg beginnt der Wahlkampf

CDU fürchtet nach 57 Jahren Regierung den Machtverlust – deshalb wettet sie gegen die Grünen

Donaueschingen (wk). Baden-Württembergs CDU malt ein grünes Gespenst an die Wand: Wenn die Ökopartei das Bundesland regiere, gehe es dort zurück in die Vergangenheit. In den Umfragen haben Grüne und SPD nämlich die Nase vorn. Zwei Monate vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg haben Kanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Stefan Mappus (beide CDU) deshalb am Wochenende eindringlich vor einer linken Regierung unter Führung der Grünen gewarnt. Merkel sieht in den Grünen Zukunftsverweigerer. „Wer nichts Neues wagt, der wird nicht gewinnen“, sagte die CDU-Bundesvorsitzende beim Landesparteitag der Union in Donaueschingen. Mit ihrem Widerstand gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 schaden die Grünen Baden-Württemberg und ganz Deutschland. Mappus warnte vor einer Koalition aus Grünen, SPD und Linken nach der Wahl am 27. März. „Die Grünen werden ohne Zö-

gern und ohne Skrupel auch die Alt- und Neukommunisten von der Linkspartei ins Boot holen“, rief der CDU-Landeschef den etwa 400 Delegierten zu. Der Generalsekretär der Südwest-CDU, Thomas Strobl, forderte die Grünen auf, ein Regierungsbündnis mit der Linken oder eine Tolerierung von Grün-Rot durch diese Partei auszuschließen.

Der seit 57 Jahren regierenden Landes-CDU droht die Ablösung. Nach einer Emnid-Umfrage für den „Focus“ liegen Grüne und SPD zurzeit mit zusammen 47 Prozent weiter vor der regierenden Koalition aus CDU und FDP mit 45 Prozent. Für Grün-Rot würde das reichen, weil nach der Erhebung die Linken mit 4 Prozent nicht in den Landtag kämen, anders als die Freidemokraten mit 5 Prozent. Die Christdemokraten rangierten bei 40 Prozent, die Grünen bei 27, die Sozialdemokraten bei 20.

Nach dem in Donaueschingen verabschiedeten Wahlprogramm der Landes-

CDU soll künftig das dritte Kindergartenjahr Pflicht werden und kostenlos sein. Das Ganztagsangebot an Schulen soll ausgebaut werden, besonders an Grundschulen.

Merkel kündigte an, sich stark im Landtagswahlkampf zu engagieren. Mappus sagte: „Gerade weil wir 57 Jahre regieren, müssen wir uns besonders anstrengen, um die Menschen von unserer Politik zu überzeugen.“ Die CDU verspüre nach der Schlichtung zu Stuttgart 21, die die Grünen nicht akzeptierten, Rückenwind.

Aus Sicht der Grünen hat der Parteitag gezeigt, dass der CDU Visionen für eine moderne und zukunftsfähige Gestaltung des Landes fehlen. Zu Merkel meinte die Bundesvorsitzende Claudia Roth: „Sie wollte Klimakanzlerin sein, gereicht hat es nur zur Kaltmamsell der Atomindustrie, die die erneuerbaren Energien blockiert.“ In Stuttgart schaufele Merkel zudem mit Mappus am „Milliardengrab“ Stuttgart 21, „während die Bahn immer mehr ausblutet“.

WESER KURIER

BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH
Bremer Tageszeitungen AG · Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteur: Lars Haider · Chefredaktion: Dr. Helge Matthiesen, Christian Wagner
Chefredakteurin: Christine Kröger

Politik: Joerg Helge Wagner · Wirtschaft: Günther Hörbst · Bremen und Stadtteile: Günther Hörbst · Niedersachsen und Regionalpolitik: Peter Voith · Kultur: Dr. Hendrik Werner · Sport: Jürgen Boermann · Regionales: Wilfried Bendul, Antje Borstelmann, Michael Lambek, Harald Laube · Vermischtes, Reise und Wochenjournal: Andreas von Müllmann · Projektkoordination: Stefan Dammann · Büro Berlin: Dietrich Eickmeier, Norbert Holst · Büro Hannover: Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Berit Waschatz

Anzeigen: MVB Medien Vermarktung Bremen GmbH · verantwortlich: Michael Sulenski, Werner Elberskirch.

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 24,70 € einschließlich 7% USt. Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 64.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 18 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon 04 21 / 36 71 10

Telefax 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service: Telefon: 04 21 / 36 71 66 77

Telefax 04 21 / 36 71 10 20

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr)

Telefon 0800 / 36 71 222*

*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion: Telefon 04 21 / 36 71 10

Telefax 04 21 / 32 83 27

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme: Telefon 04 21 / 36 71 66 55

Kleinanzeigen Telefax 04 21 / 36 71 10 10

Anzeigen Telefax: 04 21 / 36 71 11 00

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de